

Die Preise im öffentlichen Verkehr entgleisen

Sehr geehrter Herr Bundesrat Rösti

Mobilität gehört zu den grundlegenden Bedürfnissen unserer Gesellschaft. Der öffentliche Verkehr bildet dabei das Rückgrat der Schweizer Mobilität: Er ermöglicht täglich rund 1.4 Millionen Menschen den Zugang zu Arbeit, Bildung und Freizeit, entlastet Strassen und Städte und reduziert Lärm und Emissionen. Damit leistet er einen zentralen Beitrag zur Schweizer Lebensqualität und zu den klima- und verkehrspolitischen Zielen des Bundes.

Doch ausgerechnet dieser Service public wird für Konsument:innen zunehmend kostspieliger. Während Autofahren in den letzten Jahrzehnten nur moderat teurer wurde, haben sich die Preise im öffentlichen Verkehr auf vielen Strecken nahezu verdoppelt – und stiegen sogar mehr als die allgemeine Teuerung. Das stellt die in der Bundesverfassung geforderte Angemessenheit der öV-Preise infrage und erschwert die politisch gewünschte Verlagerung vom Auto auf den öffentlichen Verkehr. Gerade mit Blick auf die Klimapolitik der Schweiz ist dies problematisch: Der Strassenverkehr verursacht rund ein Drittel der gesamten Treibhausgasemissionen des Landes und bringt erhebliche Unfall-, Umwelt- und Gesundheitskosten mit sich. Der öffentliche Verkehr hingegen ist deutlich effizienter, sicherer und nachhaltiger.

Trotz grossen klima- und verkehrspolitischen Herausforderungen baut die Politik die Unterstützung für den öV ab. Die Konsequenzen tragen letztlich die Konsument:innen: Mit der jüngsten Tarifierhöhung steigen die Kosten weiter an, sodass der öV für viele Menschen zu einer spürbaren finanziellen Belastung wird.

Damit der öffentliche Verkehr seine wichtige Rolle weiterhin erfüllen kann, muss er bezahlbar, nachhaltig und für alle zugänglich bleiben. Dafür braucht es stabile Rahmenbedingungen, eine langfristige Finanzierung und innovative Angebote, die den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht werden und die Zukunftsfähigkeit des öV sichern.

Der Konsumentenschutz und die Interessengemeinschaft öffentlicher Verkehr Schweiz (IGöV) fordern den Bundesrat deshalb dazu auf:

- **moderne und flexible Angebotsmodelle zu entwickeln, die den heutigen, vielfältigen Mobilitätsbedürfnissen gerecht werden.** Der Bundesrat soll im Rahmen seiner strategischen Steuerung sicherstellen, dass die Branche Angebote bereitstellt, die sich stärker an realen Nutzungsprofilen orientieren. Solche zeitgemässen Abonnemente machen den öffentlichen Verkehr attraktiver, vermeiden unnötige Kosten für Pendler:innen und generieren gleichzeitig zusätzliche Einnahmen.
- **Eine transparente, langfristige Finanzierungsstrategie** vorzulegen, um Planungssicherheit zu schaffen. Der Ausbau der Infrastruktur ist zentral, doch ebenso wichtig ist der nachhaltige Erhalt bestehender Anlagen. Gleichzeitig muss verhindert werden, dass Kostensteigerungen kurzfristig und ungebremst an die Konsument:innen weitergegeben werden.
- **Einsparungen im öffentlichen Verkehr zu unterlassen.** Politische Sparmassnahmen führen letztlich zu höheren Ticketpreisen und treffen die öV-Nutzenden direkt. Finanzielle Lücken im System dürfen nicht auf die Konsument:innen überwältigt werden.
- **Gezielt gestaltete Preisanpassungen** vorzunehmen, so dass Belastungen fair verteilt werden und bestimmte Gruppen nicht überproportional belastet werden.

Diese Massnahmen stärken den öffentlichen Verkehr, ohne die Bevölkerung zusätzlich zu belasten. Sie schaffen die Grundlage dafür, dass der öV auch in Zukunft ein zugängliches, attraktives und nachhaltiges Mobilitätsangebot bleibt.